



## **Sicherheitspolitisches Basisbriefing Nr. 2 (Juli 2006)**

Herausgeber und Redaktion: Alexander Siedschlag

### **ESVP-Operationen und -Missionen im Überblick**

*Anita Kuprian*

Im Jahr 2003 begann die EU mit der Polizeimission in Bosnien und Herzegowina (EUPM) eigener Aussage nach ihre erste Operation im „zivilen Krisenmanagement“. Seitdem wurden im gesamten Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) insgesamt 16 Operationen gestartet, von denen bereits vier erfolgreich zu Ende geführt werden konnten. Ab dem Jahr 2004 erweiterte die EU das Spektrum der Missionen, die bisher militärische und polizeiliche Bereiche abdeckten, und begann mit einer stark differenzierten Betätigung. Mittlerweise existieren neben Militär- und Polizeioperationen auch Polizeiberatungsteams (EUPAT), Rechtsstaatlichkeitsmissionen (EUJUST), Grenzschutzmissionen (EU BAM), Sicherheitssektorreform-Missionen (EUSEC), Beobachtungsmissionen sowie reine Unterstützungsmissionen. Die Einsatzgebiete erstrecken sich dabei vom westlichen Balkan, über den südlichen Kaukasus, den Mittleren Osten und Afrika bis nach Südostasien. Dieser Aufsatz liefert einen Überblick über alle bisherigen ESVP-Operationen und bezieht sich auf den bis zum 15. Juni 2006 verfügbaren EU-offiziellen Informationsstand.<sup>1</sup>

---

1 Eine tagesaktuelle Kurzübersicht über alle laufenden und abgeschlossenen ESVP-Operationen ist abrufbar unter [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=268&lang=en&mode=g](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=268&lang=en&mode=g).

## Militäroperationen (Military Operations)

*CONCORDIA: Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (abgeschlossen)*<sup>2</sup>

Am 31. März 2003 startete die auf Bitten der mazedonischen Regierung initiierte EU-Militäroperation CONCORDIA in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien auf Basis des Beschlusses vom 27. Januar 2003 (Council Joint Action 2003/92/CFSP of 27 January 2003 on the European Union military operation in the Former Yugoslav Republic of Macedonia). Ziel der Mission war die Unterstützung bei der Stabilisierung der Region und der Schaffung eines sicheren Umfeldes für ein zukünftig friedliches, demokratisches und wirtschaftlich florierendes Land.

Im Rahmen dieser Mission wurde auf NATO-Ausrüstung und -Fähigkeiten zurückgegriffen, was zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO beitrug sowie die Übernahme der bis dahin laufenden NATO-Operation TASK FORCE FOX erleichterte. Am 7. Februar 2003 wurde der deutsche Admiral Rainer Feist zum Kommandeur der EU-Operation und der französische Brigadegeneral Pierre Maral zum EU-Truppenkommandanten ernannt (Joint Action 2003/92/CFSP on the EU Force in the Former Yugoslav Republic of Macedonia), welcher am 1. Oktober durch den portugiesischen Generalmajor Luís Nelson Ferreira dos Santos ersetzt wurde (doc. 6158/03, Press 38, 07.02.2003). Das EU-Hauptquartier wurde bei den Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) der NATO in Mons (Belgien) untergebracht, und 14 Drittstaaten bekundeten ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Operation.

---

2 Die Ausführungen basieren – wie auch bei den weiteren Operationen und Missionen – auf einer Auswertung der entsprechenden Passagen aus den verfügbaren Factsheets. Mit angegeben ist, sofern vorhanden, die offizielle Homepage der jeweiligen Operation bzw. Mission:

<http://www.delmkd.cec.eu.int/en/Concordia> (offizielle Homepage);  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Appointment%20of%20the%20new%20Force%20Commander.pdf>;  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/02/st15/15428-r1en2.pdf>;  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Solana%20%20ceremonies%20or%20termination%20of%20Operation%20Concordia%20and%20launch%20of%20Mission%20Proxima%2015.12.2003.pdf>;  
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=1047&lang=en>;  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Appointment%20of%20the%20Operation%20Commander.pdf>;  
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=594&lang=en&mode=g>;  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/COUNCIL%20CONCLUSIONS%20ON%20ESDP-OPERATION.pdf>.

Ursprünglich auf sechs Monate anberaumt, wurde CONCORDIA am 29. Juli 2003 um weitere drei Monate verlängert (Council Decision 2003/563/CFSP of 29 July 2003 on the extension of the European Union military operation in the Former Yugoslav Republic of Macedonia) und schließlich am 15. Dezember 2003 erfolgreich beendet.

*ARTEMIS: Demokratische Republik Kongo (abgeschlossen)*<sup>3</sup>

Folgend dem Beschluss des Rates vom 5. Juni 2003 (Joint Action on the EU military operation in the DRC; doc. 9957/03, Presse 156, 5 June 2003) und in Übereinstimmung mit der Resolution 1484 des UN-Sicherheitsrates begann am 12. Juni 2003 die EU-Militäroperation ARTEMIS in der Demokratischen Republik Kongo, unter Beteiligung von 17 Nationen aus drei Kontinenten. Die Operation diente, in Übereinstimmung mit der Sicherheitsratsresolution 1493, der Schaffung eines sicheren Umfelds als Grundlage für verstärkte Aktivitäten der UN im Rahmen ihrer Mission MONUC. Weiteres Ziel der auf drei Monate angelegten und am 1. September 2003 beendeten Operation ARTEMIS die Verbesserung der humanitären Situation in dem betroffenen Gebiet um Bunia.

Insbesondere sollte das Augenmerk auf den Schutz vertriebener Personen und der Zivilbevölkerung insgesamt sowie auf die Sicherung des Flughafens von Bunia gelegt werden. Nach dem Ende der Operation versprach die EU, sich auch weiterhin aktiv am Friedensprozess und am Wiederaufbau des Landes zu beteiligen.

*EUFOR Althea: Bosnien und Herzegowina*<sup>4</sup>

Am 12. Juli 2004 beschloss die Europäische Union im Rahmen der ESVP die Durchführung der Militärmission EUFOR Althea als Nachfolgeoperation der auf Grundlage eines UN-Mandats von der NATO geführten Stabilization Force (SFOR) in Bosnien und Herzegowina (Council Joint

---

3 [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_applications/Applications/newsRoom/related.asp?BID=102&GRP=5970&LANG=1&cmsId=360](http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/Applications/newsRoom/related.asp?BID=102&GRP=5970&LANG=1&cmsId=360);  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Annonce%20fin.pdf>;  
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.ASP?id=605&lang=en>.

4 <http://www.euforbih.org> (offizielle Homepage);  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/041129%20Althea%20update%2003.pdf>;  
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=745&lang=en>;  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/04/st16/st16062.en04.pdf>;  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st10/st10032.en05.pdf>;  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/051210Althea7.pdf>.

Action 2004/570/CFSP of 12 July 2004). Unter der Leitung des britischen Generals John Reith als Operationsbefehlshaber und des ebenfalls britischen Generalmajors A. David Leakey als Truppenkommandant begann die operative Tätigkeit mit Unterstützung durch 22 EU-Mitgliedsstaaten, elf Drittstaaten und die NATO am 2. Dezember 2004. Nach der Verlängerung der Mission um ein weiteres Jahr im Dezember 2005 waren rund 6 200 Truppen unter der Verantwortung der EU und mit einem Mandat der Vereinten Nationen (UNSCR 1575 [2004] und UNSCR 1639 [2005]) im Einsatz. Am 6. Dezember 2005 übernahm dann der italienische Generalmajor Gian Marco Chiarini das Kommando über die Truppen. Die Finanzierung erfolgt durch Beiträge der Mitgliedsstaaten gemäß dem auf dem Bruttoinlandsprodukt basierenden Berechnungsmechanismus Athena, wobei die Gemeinkosten der Mission auf ungefähr 71,7 Mio. Euro geschätzt werden.

Ziel der Mission ist es, die Region in ihrem europäischen Integrationsprozess und bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu unterstützen und Stabilität zu gewährleisten. Abschreckung und Entschärfung der Lage werden durch kontinuierliche Präsenz, Sichtbarkeit und Autorität erreicht.

Die Synergien mit den Bemühungen der anderen EU-Operationen hatten einen positiven Effekt auf die Fähigkeit der bosnischen Bevölkerung, die Sichtweise der EU besser zu verstehen. Auch im Bereich der Bekämpfung illegaler Aktivitäten im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität wurden durch die Stärkung der lokalen Behörden große Fortschritte erzielt. Ebenfalls sehr erfolgreich waren bisher diverse Minenräumungs- und Waffensammelaktionen der EUFOR.

## **Polizei- und Polizeiberatungsmissionen (Police Missions und Police Advisory Team Missions)**

*EUPM: Bosnien und Herzegowina*<sup>5</sup>

Am 1. Januar 2003 startete die EU, folgend ihrem Beschluss vom 11. März 2002 (Council Joint Action of 11 March 2002 on the European Union Police Mission [2002/210/CFSP]), die Polizeimission in Bosnien und Herzegowina (EUPM). EUPM ersetzte die UN International Police Task Force (IPTF) und wurde für einen Zeitraum von drei Jahren konzipiert. Ziel der Mission war der Aufbau eines stabilen, professionellen und multiethnischen Polizeiapparates nach besten internationalen Standards. 500 Polizeibeamte aus mehr als 30 Ländern beteiligen sich an diversen Überwachungs-, Beratungs- und Inspektionstätigkeiten. Die Initialkosten der Mission wurden auf rund 14 Mio. Euro geschätzt, die laufenden jährlichen Kosten auf bis zu 38 Mio. Euro.

Schwerpunkte der Mission bildeten die Entwicklung von Managementfähigkeiten im Bereich Polizeiverwaltung, die Thematisierung des Kampfes gegen die organisierte Kriminalität, die Einführung einer State Investigation and Protection Agency (SIPA) sowie die Unterstützung im Bereich der Restrukturierung des Polizeiapparates. Eine groß angelegte Kampagne sollte die Bevölkerung von der Notwendigkeit einer verlässlichen und effektiven Polizeibehörde überzeugen. Außerdem sollte im Zuge der Mission die Ausübung der politischen Kontrolle über die Polizeieinheiten überwacht werden.

Auf Einladung der bosnischen Behörden wurde die Mission nach ihrem Ablauf im Dezember 2005 nochmals um zwei Jahre bis Ende 2007 verlängert, allerdings wurden sowohl das Mandat als auch die Größe dieser Folgemission angepasst. Schwerpunkte wurden nun auf den Reformprozess der Polizei sowie auf die Entwicklung und Konsolidierung lokaler Fähigkeiten und regionaler Kooperationen im Kampf gegen das organisierte Verbrechen gelegt. Im Januar 2006 umfasste die Mission 198

---

5 <http://www.eupm.org> (offizielle Homepage);  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/GENERAL%20AFFAIRS%2018.02.02.pdf>;  
[http://europa.eu.int/eur-lex/pri/en/oj/dat/2002/l\\_070/l\\_07020020313en00010006.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/pri/en/oj/dat/2002/l_070/l_07020020313en00010006.pdf);  
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=585&lang=en>;  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Factsheet\\_060312.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Factsheet_060312.pdf);  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st10/st10032.en05.pdf>;  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st15/st15891.en05.pdf>.

internationale Mitglieder (davon 170 Polizeibeamte und 28 Zivilisten) sowie rund 200 bosnische Mitarbeiter.

An der Mission beteiligt sind 24 EU- sowie neun Drittstaaten, die seit 1. Januar 2006 unter der Führung des italienischen Brigadegenerals Vincenzo Coppola (Carabinieri) stehen, welcher die Nachfolge des bisherigen Leiters Bartholomew Kevin Carty angetreten hat. Bis dato konnte man gute Erfolge bei der Transformation der State Investigations and Protection Agency in eine operationale Police Agency mit verbesserten Fähigkeiten im Kampf gegen schwere und organisierte Kriminalität erzielen. Darüber hinaus wurden auf sämtlichen staatlichen Ebenen gute Fortschritte im Rahmen der Polizeireform gemacht, bei der die Mitglieder der Mission eine bedeutende Beratungsfunktion einnehmen.

*EUPOL PROXIMA: Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (abgeschlossen)*<sup>6</sup>

Am 15. Dezember 2003 wurde in Abstimmung mit den mazedonischen Behörden die Nachfolgemission der Militäroperation CONCORDIA – die Polizeimission EUPOL PROXIMA – in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien gestartet. Diese am 29. September 2003 beschlossene Operation (Council adopted Joint Action 2003/681/CFSP) zielte auf den Aufbau eines effizienten und professionellen Polizeiapparates ab und wurde vorerst auf ein Jahr befristet. Im Rahmen der Mission sollten unter der Leitung des Belgiers Bart Daniel D’Hooge rund 200 EU-Polizeiexperten und internationale Zivilisten die mazedonische Polizei insbesondere beim Kampf gegen die organisierte Kriminalität anleiten und unterstützen. Daran beteiligten sich neben den 15 EU-Mitgliedsstaaten auch die zehn Beitrittskandidaten der großen Erweiterungsrunde, außerdem Bulgarien, Rumänien, die Türkei, Norwegen, Island, Kanada, Russland, die Ukraine, die Schweiz und die USA.

---

6 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Council%20Joint%20Action%202003%20681%20CFSP.pdf>;  
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=584&lang=en>;  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/ProximaBrochure.pdf>;  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/concordia.pdf>;  
[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1050&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1050&lang=en);  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/03/st15/st15814.en03.pdf>;  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/04/st16/st16062.en04.pdf>;  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st10/st10032.en05.pdf>;  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st15/st15891.en05.pdf>.

Auf Einladung der mazedonischen Regierung wurde EUPOL PROXIMA um weitere zwölf Monate verlängert (Council Joint Action 2004/789/CFSP of 22 November 2004 on the extension of the European Union Police Mission in the Former Yugoslav Republic of Macedonia [EUPOL PROXIMA]). Im ersten Halbjahr 2005 weitete die Mission dann ihr geografisches Einsatzgebiet auf die gesamte nationale Ebene aus und fokussierte ihre Arbeit auf die Bereiche Ordnungserhalt, organisierte Kriminalität, Kriminalermittlung und Grenzpolizei. Dabei orientierte sie sich an besten internationalen Standards. Weitere Aspekte der Operation umfassten die Konsolidierung von Recht und Gesetz, die Vertrauensbildung der Bevölkerung in den Polizeiapparat, ein effizientes Grenzmanagement sowie eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten in polizeilichen Bereichen. Am 14. Dezember 2005 wurde die Mission schließlich erfolgreich beendet.

#### *EUPOL Kinshasa: Kinshasa/Demokratische Republik Kongo<sup>7</sup>*

Basierend auf dem Beschluss vom 9. Dezember 2004 (Council Joint Action 2004/847/CFSP of 9 December 2004 on the European Union Police Mission in Kinshasa [DRC] regarding the Integrated Police Unit [EUPOL Kinshasa]), startete die EU im Rahmen der ESVP und in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen am 30. April 2005 die Polizeimission EUPOL Kinshasa in der Demokratischen Republik Kongo. Mit dieser vorerst auf ein Jahr ausgelegten Mission wurde die erste zivile Krisenmanagementoperation in Afrika mit dem Ziel der Supervision und Überwachung der Integrierten Polizeieinheit (IPU) in Kinshasa gestartet, die nach fundiertem Training auf höchstem internationalen Niveau unter das Kommando der kongolesischen Behörden gestellt werden soll. EUPOL Kinshasa unterstützt zudem die UN-Mission MONUC, welche durch die EU mit einer jährlichen Zahlung im Umfang von 400 Mio. US-Dollar mitfinanziert wird.

Die vom Portugiesen Adilio Custodio geführte EUPOL umfasst 30 Personen und verfügt über ein Budget von ungefähr 4,3 Mio. Euro. Die EU entschloss sich Ende 2005 angesichts der Verschiebung der Präsidenten-

---

7 [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/misc/83090.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/misc/83090.pdf);  
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=788&lang=en>;  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/050430\\_Visite\\_Afrique.en.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/050430_Visite_Afrique.en.pdf);  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st10/st10032.en05.pdf>;  
[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1033&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1033&lang=en);  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st15/st15891.en05.pdf>.

schaftswahlen, die Mission auf ein weiteres Jahr, bis Ende Dezember 2006, zu verlängern.

### *EUPOL COPPS: Palästinensische Autonomiegebiete*<sup>8</sup>

Folgend auf einen Briefwechsel zwischen dem palästinensischen Premierminister Ahmed Qurei und dem EU Special Representative im Friedensprozess im Mittleren Osten, Botschafter Marc Otte, beschloss der Rat am 14. November 2005 die Durchführung einer zivilen Polizeimission (EUPOL-COPPS – Co-ordinating Office for Palestinian Police Support) in den palästinensischen Gebieten im Rahmen der ESVP (Council Joint Action 2005/797/CFSP of 14 November 2005 on the European Union Police Mission for the Palestinian Territories). Die operative Phase dieser von dem Iren Jonathan McIvor geleiteten Mission mit Hauptquartier in Ramallah begann am 1. Januar 2006 für eine geplante Dauer von drei Jahren. EUPOL COPPS umfasst 33 Personen aus den EU-Mitgliedsstaaten. Die geschätzten Gemeinkosten der Operation belaufen sich auf rund 6,1 Mio. Euro, diverse Projekte im Rahmen der Mission werden zudem von den Mitgliedsstaaten und anderen internationalen Spendern separat finanziert.

Die langfristige Ausrichtung dient der Unterstützung der palästinensischen Behörden bei der Umsetzung eines stabilen und effizienten Polizeiapparates. EUPOL COPPS zielt hauptsächlich auf die Durchführung eines Transformationsprozesses auf der Grundlage bester internationaler Standards ab. Im Rahmen dessen ergeben sich einige spezielle Herausforderungen. Einerseits soll die zivile palästinensische Polizei bei der Implementierung eines Polizeientwicklungsprogrammes unterstützt und beraten werden, andererseits soll die Beratung auch polizeibezogene Elemente der Kriminaljustiz umfassen. Weitere wichtige Aspekte sind die Reform des Sicherheitssektors, insbesondere die Umstrukturierung der Kriminaljustiz sowie die Verbesserung der Fähigkeiten der palästinensischen Behörden im Bereich der zivilen Polizei- und Strafverfolgung.

---

8 <http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=974&lang=en>;  
[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1015&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1015&lang=en);  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/051222-EUPOL-COPPS.pdf>;  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/EUCOPPShandoutFeb2006.pdf>;  
[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/declarations/86983.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/en/declarations/86983.pdf).



*EUPAT: Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien  
(abgeschlossen)*<sup>9</sup>

Folgend auf die am 14. Dezember 2005 beendete EU-Polizeimission EUPOL PROXIMA in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien beschloss die EU am 24. November 2005, ein Polizeiberatungsteam zu entsenden (Council Joint Action 2005/826/CFSP of 24 November 2005 on the establishment of an EU Police Advisory Team [EUPAT] in the Former Yugoslav Republic of Macedonia [FYROM]). Dieses wurde bereits am 15. Dezember 2005 mit dem Deutschen Jürgen Paul Scholz als Head of Mission operativ. Die für die Dauer von sechs Monaten vorgesehene Mission kostet geschätzte 1,5 Mio. Euro und umfasst insgesamt 30 Polizeiberater.

Schwerpunktmäßige Aufgabenfelder liegen in den Bereichen Grenzpolizei, Erhalt des öffentlichen Friedens, der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Verantwortung sowie im Kampf gegen die Korruption und organisierte Kriminalität. Hierzu konzentriert EUPAT die Hilfestellung auf die mittlere und höhere Managementebene. Spezielle Beachtung finden die gesamte Implementierung der Polizeireform, die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, sowie der Erhalt professioneller Standards und konsequenter interner Kontrolle. Am 14. Juni 2006 wurde die Mission planmäßig beendet.<sup>10</sup>

### **Rechtsstaatlichkeitsmissionen (Rule of Law Missions)**

*EUJUST THEMIS: Georgien (abgeschlossen)*<sup>11</sup>

Am 3. Juni 2004 lud der georgische Premierminister Zhvania die EU ein, im Rahmen der ESVP eine Rechtsstaatlichkeitsmission in Georgien durchzuführen. Daraufhin beschloss die EU am 28. Juni 2004 einen gemeinsamen Aktionsplan (Council Joint Action 2004/523/CFSP of 28 June 2004 on the European Union Rule of Law Mission in Georgia, EUJUST

---

9 [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=995&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=995&lang=en);  
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=994&lang=en>;  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Factsheet\\_EUPAT\\_FYROM\\_051215.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Factsheet_EUPAT_FYROM_051215.pdf).

10 <http://www.eda.europa.eu/reference/060612%20-20European%20Council%20-%20Presidency%20Report%20on%20ESDP%2010418-06.pdf>.

11 [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1055&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1055&lang=en);  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/050722\\_Themis\\_UPDATE\\_3\\_final\\_briefing.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/050722_Themis_UPDATE_3_final_briefing.pdf);  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Factsheet%20THEMIS%20041026.pdf>.

THEMIS) zur Durchführung der Operation EUJUST THEMIS, welche nach Ernennung der Französin Sylvie Pantz zum Head of Mission am 16. Juli 2004 operativ startete. Die Operation unterstützte mit einem hochrangigen Expertenteam die georgischen Behörden bei der Entwicklung eines koordinierten, einheitlichen Ansatzes zur Reform des Kriminaljustizsystems, basierend auf internationalen Standards. Konkret umfasste die Unterstützung im Rahmen von EUJUST THEMIS folgende Bereiche:

- Unterstützung der georgischen Regierung bei der Entwicklung einer horizontalen Strategie im Bereich des Kriminaljustizsektors, unter Einbindung sämtlicher *stakeholder* (beispielsweise Innenministerium, Außenministerium und Verteidigungsministerium) durch die Bereitstellung von Beratungskapazitäten, Monitoring- und Kontrollmechanismen.
- Stärkung eines angemessenen Mechanismus zur Koordination und Prioritätensetzung unter den für die Top-Level-Planung und das Management eines funktionierenden Kriminaljustizsystems verantwortlichen Instanzen.
- Hilfeleistung bei der Planung neuer Gesetzgebung (beispielsweise im Kriminalprozessrecht), welche die zukünftigen Aufgaben und Zuständigkeiten aller Akteure in der Kriminaljustiz bestimmen wird.
- Förderung der Entwicklung einer sowohl internationalen als auch regionalen Kooperation im Bereich der Kriminaljustiz.

Die Mission wurde am 14. Juli 2005 nach erfolgreicher Erfüllung der gestellten Aufgaben beendet. Das EU Special Representative's Team unterstützte jedoch für weitere sechs Monate die georgischen Behörden bei der Umsetzung des Aktionsplans für die Kriminaljustizreform.

### *EUJUST LEX: Unterstützung für den Irak*<sup>12</sup>

Der Europäische Rat beschloss am 21. Februar 2005 die Durchführung der integrierten Rechtsstaatlichkeitsmission EUJUST LEX für den Irak im Rahmen der ESVP (Council Joint Action 2005/190/CFSP of 7 March 2005 on the European Union Integrated Rule of Law Mission for Iraq,

---

12 [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Iraq\\_EUJUST\\_LEX-Factsheet.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Iraq_EUJUST_LEX-Factsheet.pdf);  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Factsheet-Iraq-June2005.pdf>;  
[http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/iraq/intro/index.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/iraq/intro/index.htm);  
[http://europa.eu.int/comm/echo/field/iraq/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/echo/field/iraq/index_en.htm);  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st15/st15891.en05.pdf>;  
[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1072&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1072&lang=en).

EUJUST LEX). Die ersten Vorbereitungen dazu begannen bereits im November 2004 unter Konsultation der irakischen Übergangsregierung.

Operativ gestartet wurde die auf zwölf Monate konzipierte Mission am 1. Juli 2005, nachdem am 8. März der Brite Stephen White zum Head of Mission gewählt wurde, mit der Zielsetzung der Ausbildung von mittel- und hochrangigen Polizisten in den Bereichen Kriminalermittlung und Management. Es sollten im Managementbereich 520 Richter, Ermittlungsbeamte, führende Polizei- und Strafvollzugsbeamte ausgebildet werden, in Kriminalermittlungstechniken 250 Ermittlungs- und führende Polizeibeamte. Bis Ende 2005 hatten bereits 300 der anvisierten 770 Mitglieder von Kriminaljustizbehörden ihre Trainings absolviert.

Abhängig von der Entwicklung der Sicherheitsbedingungen im Irak und der Verfügbarkeit der benötigten Infrastruktur finden die Trainings sowohl im Irak als auch in angrenzenden Ländern und in den EU-Staaten statt. Zur Finanzierung der Mission brachte die EU rund 10 Mio. Euro auf, und die Mitgliedsstaaten stellten die Trainingskurse und Trainer zur Verfügung. Im Rahmen der EUJUST LEX stellte die EU auch Unterstützung und Expertise bei der Entwicklung einer neuen Verfassung, bei der Unterstützung zukünftiger Wahlen sowie bei der Integration mit den Nachbarländern bereit.

### **Grenzschutz-Unterstützungsmissionen (Border Assistance Missions)**

*EU BAM Rafah: Grenzübergang Rafah (Gaza-Streifen)*<sup>13</sup>

Am 21. November 2005 beschloss die EU im Rahmen der ESVP die zwölfmonatige Grenzschutz-Unterstützungsmission EU BAM Rafah am Grenzübergang zwischen Gaza und Ägypten auf Basis des palästinensisch-israelischen „Agreement on Movement Access“ vom 15. November 2005 und einer Einladung der palästinensischen Behörden und der israelischen Regierung (Council Joint Action 2005/889/CFSP of 12 December 2005 on establishing a European Union Border Assistance Mission for the Rafah Crossing Point [EU BAM Rafah]). Nach Ernennung

---

13 [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=979&lang=en&mode=g](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=979&lang=en&mode=g);  
[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1020&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1020&lang=en);  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060206%20EU%20\\_BAM\\_RAFA\\_new.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060206%20EU%20_BAM_RAFA_new.pdf);  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st15/st15891.en05.pdf>.

des italienischen Generalmajors Pietro Pistoiese zum Leiter der Mission begann bereits am 30. November 2005 die operative Phase und somit die Tätigkeit der rund 70 aus den Mitgliedsstaaten der EU entsandten Missionsmitglieder.

Die Kosten dieser auf ein Jahr angelegten Mission wurden mit 11,5 Mio. Euro beziffert, wovon knapp 3,9 Mio. von den Mitgliedsstaaten abgedeckt werden. Das Ziel der Mission ist die Bereitstellung einer unabhängigen dritten Präsenzmacht am Grenzübergang Rafah mit dem Ziel, im Zusammenhang mit den Bemühungen der EU zur Institutionenbildung die Öffnung des Grenzüberganges zu betreuen sowie das Vertrauen zwischen den israelischen und palästinensischen sowie auch den ägyptischen Behörden zu stärken. Aus diesem Grund wird die Tätigkeit der palästinensischen Grenzkontrolleure, Sicherheits- und Zollbeamten aktiv überwacht, verifiziert und evaluiert sowie die Ausbildung und Qualifizierung dieser Beamten aktiv unterstützt.

Bis Februar 2006 hatten im Rahmen von EU BAM Rafah bereits rund 100 000 Personen den Grenzübergang passiert, was einer durchschnittlichen Anzahl von 1 385 Personen pro Tag entspricht.

#### *EUBAM: Moldawien und Ukraine*<sup>14</sup>

Am 2. Juni 2005 ersuchten die beiden Präsidenten Voronin und Yushchenko in einem gemeinsamen Brief die EU um Unterstützung bei ihren Bemühungen im Ausbau der Kapazitäten im Grenz- und Zollmanagement, insbesondere bei der Entwicklung eines internationalen Zollkontrollsystems, sowie eines effektiven Grenzüberwachungsmechanismus speziell im transnistrischen Bereich der Grenze zwischen Moldawien und der Ukraine. Die Mission unter der Leitung des ungarischen Brigadegenerals Ferenc Banfi verfügt über ein zweijähriges Mandat mit der Möglichkeit zur Verlängerung und wurde folgend auf den Beschluss vom 7. November 2005 (Council Joint Action 2005/776/CFSP of 7 November 2005 amending the mandate of the European Union Special Representative for Moldova) am 1. Dezember 2005 operativ gestartet.

---

14 <http://www.eubam.org> (offizielle Homepage);  
[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1060&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1060&lang=en);  
[http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/moldova/intro/index.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/moldova/intro/index.htm);  
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=986&lang=en>;  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/051220-Factsheet\\_BM\\_Moldova\\_Ukraine.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/051220-Factsheet_BM_Moldova_Ukraine.pdf).

Die Kosten für die Mission, an welcher 69 Experten aus den EU-Mitgliedsstaaten sowie 50 aus der Region stammende Mitarbeiter teilnehmen, belaufen sich auf 8 Mio. Euro. Durch EU-Unterstützung bei Trainings und durch gezielte Hilfestellung bei der Grenzüberwachung und bei den Grenz- und Zollkontrollen sollen nicht nur die Prävention von Schmuggel, illegalem Handel und Zollbetrug verbessert, sondern auch das Vertrauen, der Informationsfluss und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern gestärkt werden. Aus diesem Grund erstreckt sich der Tätigkeitsbereich der Mission nicht nur auf die Grenzregion, sondern bei Bedarf auch auf die landesinneren Gebiete.

### **Sicherheitssektorreform-Mission (Security Sector Reform Mission)**

*EUSEC DR Congo: Demokratische Republik Kongo*<sup>15</sup>

Folgend einer offiziellen Anfrage der Regierung der Demokratischen Republik Kongo beschloss die EU die Durchführung einer Sicherheitssektorreform-Mission im Rahmen der ESVP. Am 2. Mai 2005 wurde ein gemeinsamer Aktionsplan für die Mission EUSEC RD KONGO beschlossen (Council Joint Action 2005/355/CFSP of 2 May 2005 on the European Union mission to provide advice and assistance for security sector reform in the Democratic Republic of the Congo [DRC]). Unter der Leitung des französischen Generals Pierre Joana wurde die für ein Jahr konzipierte Mission am 8. Juni 2005 operativ gestartet. Acht Experten aus den Mitgliedsstaaten und den EU-Institutionen sollen die Durchführung der Sicherheitssektorreform unterstützen und einen Beitrag zu einer erfolgreichen Integration der kongolesischen Armee leisten.

Dazu werden die Experten in diversen strategisch essenziellen Positionen wie im persönlichen Büro des Verteidigungsministers, im gemeinsamen Generalstab, im Generalstab der Armee, im Nationalen Komitee zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (CONADER) sowie im gemeinsamen Operationskomitee eingesetzt. Ein weiteres Augenmerk der rund 1,6 Mio. Euro teuren Mission liegt auf der längst notwendigen Reform des Besoldungssystems und auf der allgemeinen Überwachung

---

15 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Background-23.5.05.en.pdf>;  
[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1080&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1080&lang=en);  
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=909&lang=en>;  
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=1029&lang=en>;  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st15/st15891.en05.pdf>;  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060330-Congo\\_support\\_Monuc\\_de.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060330-Congo_support_Monuc_de.pdf).

der Tätigkeiten der kongolesischen Behörden auf der Grundlage von Menschenrechten, demokratischen Standards, den Prinzipien einer effizienten öffentlichen Verwaltung sowie der Transparenz und der Rechtsstaatlichkeit.

### **Beobachtungsmission (Monitoring Mission)**

*AMM: Aceh/Indonesien*<sup>16</sup>

Im September 2005 beschloss die EU gemeinsam mit fünf ASEAN-Ländern (Brunei, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand) sowie Norwegen und der Schweiz die Durchführung einer Beobachtungsmission in Aceh (Council Joint Action 2005/643/CFSP of 9 September 2005 on the European Union Monitoring Mission in Aceh [Indonesia]). Diese Mission ist ziviler Natur und wird unter der Leitung der EU im Rahmen der ESVP durchgeführt. Hintergrund dieser Mission ist die Überwachung der Implementierung der für den Frieden in der Region grundlegenden Aspekte des am 15. August 2005 unterzeichneten „Memorandum of Understanding“ zwischen der indonesischen Regierung und der achinesischen Befreiungsbewegung GAM. Bereits unmittelbar nach der Unterzeichnung des Memorandums entsandte die EU eine „Initial Monitoring Presence“ (IMP) von 80 Personen, um die Zeit bis zum Einsatz der AMM zu überbrücken. Auf Einladung der indonesischen Regierung und mit voller Unterstützung durch die Separatistengruppe GAM wurde die Mission am 15. September 2005, vorerst auf 6 Monate befristet, operativ gestartet.

Die unter der Leitung des Niederländers Pieter Feith geführte Mission umfasst an die 200 Personen aus den teilnehmenden Staaten, kostet in etwa 15 Mio. Euro und wird von einem Headquarter in Banda Aceh aus koordiniert. Zur Hauptaufgabe der Mission gehört die Unterstützung der indonesischen Regierung und der GAM bei der Implementierung des Friedensvertrages. Dabei werden unter anderem die Reintegration aktiver GAM-Mitglieder, die Demobilisierung der GAM, die Außerbetrieb-

---

<sup>16</sup> <http://www.aceh-mm.org> (offizielle Homepage);  
[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1078&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1078&lang=en);  
[http://www.europa.eu.int/comm/external\\_relations/indonesia/intro/index.htm](http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/indonesia/intro/index.htm);  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060301-Aceh\\_Council\\_Factsheet-REV%204.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060301-Aceh_Council_Factsheet-REV%204.pdf);  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st15/st15891.en05.pdf>;  
<http://ue.eu.int/aceh>;  
[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.ASP?id=961&lang=en&mode=g](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.ASP?id=961&lang=en&mode=g).

nahme und Vernichtung von Waffen, Munition und Sprengstoff sowie die Menschenrechtssituation überwacht. Darüber hinaus unterstützt die Mission den Umgang mit Beschwerden und potenziellen Verletzungen des Abkommens, überwacht den Prozess der Neugestaltung der Gesetzgebung und hilft mit, die Kooperation zwischen den beiden Vertragsparteien zu verbessern und gute Beziehungen nicht nur zu schaffen, sondern auch zu erhalten. Die AMM, die keine Verhandlungsrolle übernimmt, wurde angesichts bestehender Notwendigkeit auf weitere drei Monate bis 15. Juni 2006 verlängert. Die indonesische Regierung bat jedoch Anfang Mai um eine weitere, letztmalige Verlängerung der Mission bis zum 15. September 2006, dem Tag, an dem in Aceh gewählt wird. Die EU steht diesem Gesuch positiv gegenüber,<sup>17</sup> zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Textes lag jedoch noch kein konkreter Beschluss vor.

### **Unterstützungsmissionen (Support Missions)**

*EUFOR RD Congo: Unterstützung für die UN-Mission MONUC in der Demokratischen Republik Kongo*<sup>18</sup>

Am 23. März 2006 beschloss der Rat auf Bitten der UN und unter enger Konsultation der kongolesischen Regierung eine Operation zur Unterstützung der Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) während des Wahlprozesses (Council Joint Action 2006/319/CFSP of 27 April 2006 on the European Union military operation in support of the United Nations Organisation Mission in the Democratic Republic of the Congo [MONUC] during the election process). Diese, auf vier Monate ab dem ersten Wahlgang ausgelegte Mission EUFOR RD Congo sieht den Einsatz einer in Kinshasa stationierten Truppe von ungefähr 400-450 Personen sowie die Bereitstellung eines im Ernstfall schnell einsatzbereiten Bataillons außerhalb des Landes vor. Das Kommando über die Operation wird dabei vom deutschen Generalleutnant Karlheinz Viereck übernommen, die Truppenführung vom französischen General Christian Damay.

---

17 <http://www.aceh-mm.org/download/english/AMM%20extension%20HoM.pdf>.

18 [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/l\\_116/l\\_11620060429en00980101.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/l_116/l_11620060429en00980101.pdf);  
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/Kongo-Einsatz.html>;  
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=1091&lang=en>;  
[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1096&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1096&lang=en);  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060330-Congo\\_support\\_Monuc\\_de.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060330-Congo_support_Monuc_de.pdf).

Die Unterstützungsmission, mit einem Budget von ca. 16,7 Mio Euro ausgestattet, ist eine europäische, multinationale Operation, zu der viele Mitgliedsstaaten ihre Teilnahmebereitschaft zum Ausdruck gebracht und Truppen zur Verfügung gestellt haben. Die Abhaltung von Wahlen stellt ein wesentliches Element des Demokratisierungsprozesses dar und dient zudem der Stärkung von Frieden und Stabilität in dieser Region. Aus diesem Grund begrüßten die EU-Außenminister auch die neue kongolische Verfassung sowie die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes und ermahnten die nationale Übergangsregierung, mit allen Akteuren zusammenzuarbeiten um friedliche, faire und transparente Wahlen gewährleisten zu können. Der operative Start der Mission stand bei Manuskriptabschluss noch nicht fest, der erste Wahlgang war jedoch mit 30. Juli 2006 geplant.

#### *Unterstützung für die AU-Mission AMIS II (Darfur)*<sup>19</sup>

Auf Anfrage der Afrikanischen Union (AU) beschloss die EU am 20. Juli 2005 eine umfangreiche zivil-militärische Unterstützungsmission im Rahmen der Operation AMIS (African Union Mission in Sudan) II in der Region Darfur (Council Joint Action 2005/557/CFSP, OJ L188). Ziel dieser unter Führung des Finnen Pekka Haavisto stehenden Mission ist die effektive und schnelle Unterstützung der politischen, militärischen und polizeilichen Bemühungen im Rahmen von AMIS II unter konsequenter Berücksichtigung der Federführung der Afrikanischen Union. Neben finanziellen Mitteln stellt die EU auch Unterstützung im diplomatischen, militärischen, technischen und logistischen Bereich zur Verfügung. Außerdem wird die Überwachung des Waffenstillstandes nicht nur mitfinanziert, sondern auch aktiv unterstützt.

### **Schlussfolgerungen und Ausblick**

Das breite Spektrum der EU-geführten Missionen ist ein klares Indiz dafür, dass die Union aktiv begonnen hat, sich nicht nur als „global player“ zu betrachten, sondern auch dementsprechend aufzutreten. Gerade die hohe „Nachfrage“ nach EU-Einsätzen in der Demokratischen Republik Kongo und auf dem Westbalkan zeigt, dass der EU als beratender und unterstützender Institution nicht nur im militärischen Be-

---

<sup>19</sup> [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Darfur\\_Update\\_6.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Darfur_Update_6.pdf);  
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=956&lang=en>.



reich, sondern vor allem auch im zivilen Bereich sehr hohe Erwartungen entgegengebracht werden.

So bereitet sich die EU bereits intensiv auf eine verstärkte Aktivität im Kosovo vor und beschloss im Zuge dessen am 10. April 2006 die Einrichtung eines Planungsteams (EUPT Kosovo), welches bis Ende des Jahres

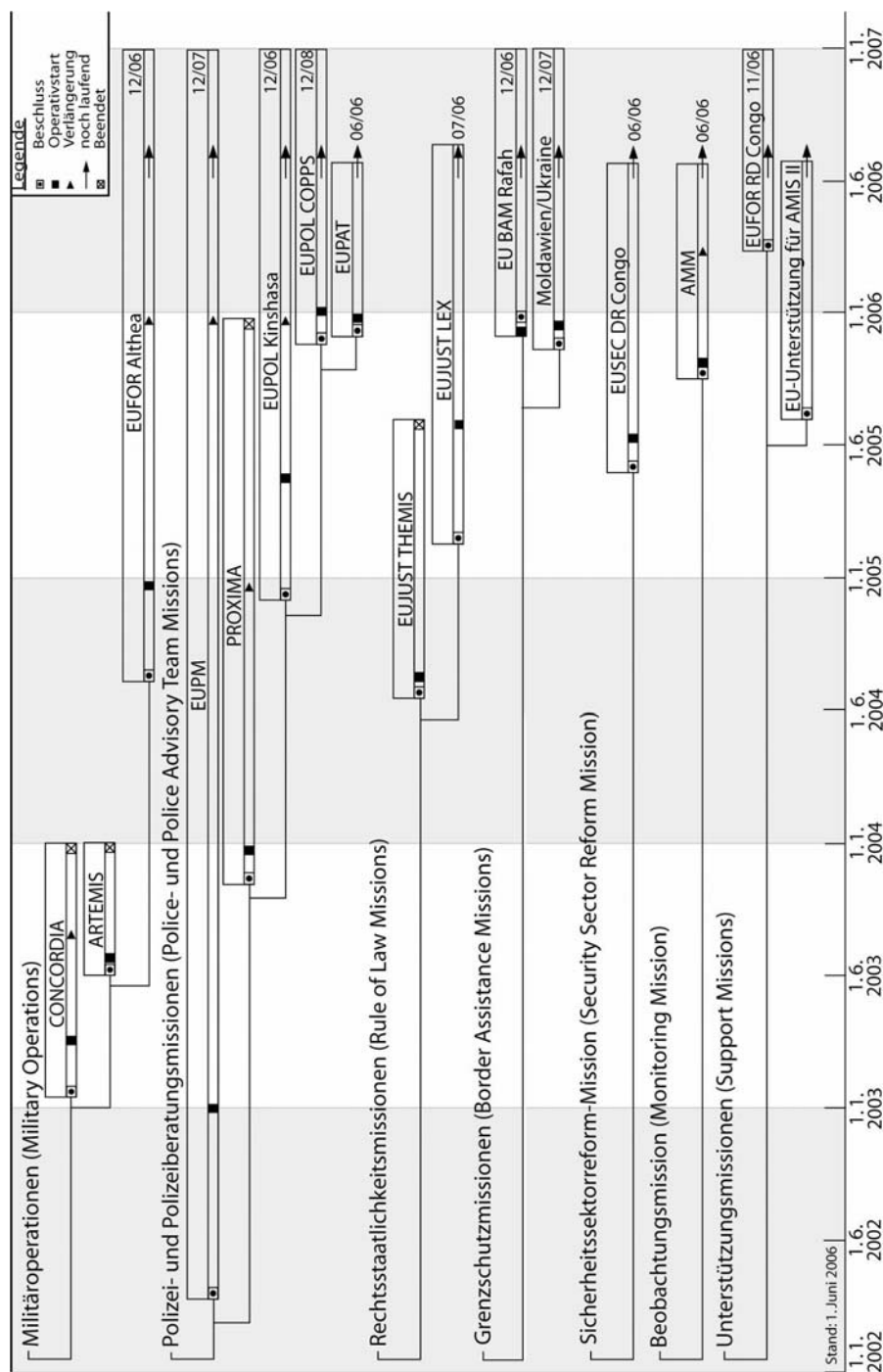


Abbildung 1: Überblick über die bisherigen Operationen und Missionen im Rahmen der ESVP (Stand: 1. Juni 2006)

die Möglichkeiten der Implementierung einer EU-Krisenmanagementoperation im Rechtsstaatlichkeitssektor und in anderen Bereichen ergründen soll (Council Joint Action 2006/304/CFSP of 10 April 2006 on the establishment of an EU Planning Team [EUPT Kosovo] regarding a possible EU crisis management operation in the field of rule of law and possible other areas in Kosovo). Die Arbeit des Planungsteams soll eine reibungslose Übernahme bestehender Aufgaben der UNMIK (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo) für den Fall der Implementierung einer EU-Mission gewährleisten.<sup>20</sup>

Das Bemühen der EU, allen an sie als umfassendem Krisenmanager gerichteten Erwartungen zu entsprechen, zeigt sich in der hohen Bereitschaft, auch langfristig jede mögliche Hilfe und Unterstützung zu gewähren und das Tätigkeitsfeld der ESVP somit auf das *post-conflict peacebuilding* auszuweiten. Es stellt sich allerdings angesichts der anhaltenden Diskussion um die Finanzierung dieses umfassenden Engagements immer öfter die Frage, inwieweit sich die EU ihre derartigen Aktivitäten auch langfristig leisten kann. Hier bestätigt sich die in der Europäischen Sicherheitsstrategie formulierte Annahme, dass das Außenhandeln der Union direkte Rückwirkungen auf die europäische Politik selbst haben wird,<sup>21</sup> etwa die kohärentere Verwendung von Ressourcen.

Mag. Anita Kuprian ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. E-Mail [anita.kuprian@uibk.ac.at](mailto:anita.kuprian@uibk.ac.at), Homepage [www.european-security.info/](http://www.european-security.info/)

Der Text erscheint in überarbeiteter Fassung in Alexander Siedschlag (Hg.): Jahrbuch für Europäische Sicherheitspolitik. Baden-Baden: Nomos, in Vorbereitung für Herbst 2006.

---

20 <http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=1100&lang=en&mode=g;>  
[http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/en/oj/2006/l\\_112/l\\_11220060426en00190023.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/en/oj/2006/l_112/l_11220060426en00190023.pdf).

21 Siehe: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, 12. Dezember 2003, <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>, S. 11-14.